

# **Außenpolitik zwischen Krieg und Frieden**

- OSNABRÜCKER FRIEDENSGESPRÄCHE 2003
- MUSICA PRO PACE 2003
- BEITRÄGE ZUR FRIEDENSFORSCHUNG

Herausgegeben vom Oberbürgermeister der  
Stadt Osnabrück und dem Präsidenten der  
Universität Osnabrück

## Amerikanische Außenpolitik nach dem Krieg und vor der Präsidentschaftswahl

Ein Postskriptum von Norman Birnbaum

Ich verfasse diesen Nachtrag am 9. Mai 2004, dem Tag, an dem die *Washington Post* berichtet, dass viele ältere Offiziere im Washingtoner Verteidigungsministerium und im irakischen Einsatzgebiet offen gegen die amtlichen Verlautbarungen Position beziehen. Die Invasion im Irak ist, so sagen sie, politisch unausgereift und, wie es jetzt steht, militärisch nicht erfolgreich zu beenden. »Wir gewinnen Schlachten und verlieren den Krieg«, wird einer von ihnen zitiert, und das erinnert natürlich an Vietnam. Die Generäle werden diesbezüglich deutlicher als der Präsidentschaftskandidat der Demokratischen Partei, *John Kerry*. Der Mann, der einst als junger Offizier aus Vietnam zurückkehrte und seine Verachtung mutig jener Führung entgegenschleuderte, die in einem sinnlosen Krieg das Leben vieler seiner Kameraden und das von Millionen von Vietnamesen geopfert hatte, ist heute zu einem ängstlichen Politiker geworden, der seinen Gegnern das Feld überlässt. Vielleicht findet er in den nächsten Wochen und Monaten mehr Mut: Die Demokraten drängen ihn jedenfalls dazu.

Seit zwei Generationen schon bekommen die US-Amerikaner den Vorwurf der Republikaner zu hören, den Demokraten fehle es an der nötigen Entschlossenheit und am Willen, ihre Nation zu verteidigen. Am lautesten hörte man diesen Angriff von jenen, die nie Militärdienst leisteten, darunter der Präsident, der Vizepräsident und die Führer der republikanischen Mehrheit im Kongress. Die Begründung für den Entschluss zum Krieg gegen den Irak – dessen angeblicher Besitz von Massenvernichtungswaffen – beruhte aber nicht auf Tatsachen. Die Behauptung, es gäbe Verbindungen zwischen der *Baath*-Partei und *Al-Kaida*, blieb unbewiesen. Was dagegen geschah, war, dass eine unbekannte Anzahl von arabischen und muslimischen Freiwilligen in den Irak kam, um dort gegen die US-Amerikaner und die Briten zu kämpfen, nachdem die Invasion die schlimmsten Befürchtungen der arabischen und muslimischen Welt hinsichtlich dieser Nationen bestätigt hatte.

Das Vorhaben, dem Irak die Demokratie zu schenken, und auch die Idee, der Irak würde dann als ein Beispiel auf die ganze Region ausstrahlen, entpuppten sich als absurde Wunschvorstellungen. Die Verbindungen der USA zu den autoritären Regimes in Ägypten, Pakistan und Saudi-Arabien bleiben unterdessen unverändert eng. Wo die USA Druck auf einen ihrer Verbündeten ausüben könnten, um der Bevölkerung zu mehr demokratischen Rechten zu verhelfen, stehen sie – wie etwa im Verhältnis Israels zu den Palästinensern – mehr denn je auf Seiten der Mächti-

gen. Sharon und die israelische Justiz bestimmen weiterhin über das Verhältnis Israels zu den Palästinensern und werden dabei von der israelischen Lobby in den USA nach Kräften unterstützt.

Zwischenzeitlich wurden die Iraker von großen Zerstörungen heimgesucht. Sie zahlten einen hohen Preis für die Vertreibung des Baath-Regimes und müssen womöglich die Rückkehr vieler Anhänger dieser Partei erleben, denn die Besatzungsmacht ergreift hilflos jede vermeintliche Möglichkeit, um die außer Kontrolle geratene Lage zu stabilisieren.

Was die Folterungen von irakischen Gefangenen betrifft, so wäre man naiv, wollte man die ärgerlichen Ausflüchte von Präsident Bush und anderer ernst nehmen, nach denen hier Übeltäter am Werk gewesen seien, die ausschließlich selbst verantwortlich seien. Die vorsätzliche Verletzung der Genfer Konvention, die der Einsatz von Folter zur Gewinnung von Geständnissen und Informationen von den im amerikanischen Schlepptau Gefangenen darstellt, ist eine von höchsten Stellen der US-Regierung veranlasste politische Angelegenheit. Auffällig ist die häufige Wiederholung der Behauptung, die USA seien eine moralisch überlegene Nation – auch von Senator Kerry. Unser Land blickt auf eine Geschichte von militärischen Eroberungen zurück, bei denen auf die Menschenrechte nicht viel Wert gelegt wurde. So entriss man den Indianern den Kontinent, und auch die Sklaverei und die Behandlung der Schwarzen nach ihrer Befreiung war keineswegs so idyllisch, wie es der Film *Vom Winde verweht* zeichnet. Jene Millionen der derzeit in Gefängnissen einsitzenden Amerikaner werden ihre Haft kaum mit einem Kuraufenthalt verwechseln.

Alle Kriege sind bestialisch, und Eroberungskriege gegen Völker der Dritten Welt sind die schlimmsten. *Hannah Arendt* beschrieb den Totalitarismus als jenen »nach Europa zurückgekehrten Schrecken«, der einst den Afrikanern und Asiaten von den Europäern angetan wurde: Seinen »Platz an der Sonne« fordernd, brachte das wilhelminische Deutschland Finsternis über jene Teile Afrikas, die es sich einverleibt hatte. *Stalin* sah während seiner Jugendzeit in Georgien, wie es an der Grenze Russlands mit den asiatischen Nachbarn zugeht, wo die unterworfenen Völker ziemlich genau so behandelt wurden, wie *Putins* Russland mit Tschetschenien verfahren ist. SS und NKWD waren nicht die einzigen Nachfolger des Kolonialismus. Der *Royal Air Force*-Offizier, der 1921 Gas über irakische Rebellen ausgoss, machte zwanzig Jahre später als Luftmarschall *Harris* weiter mit dem Flächenbombardement deutscher Städte.

Ab 1898 mühten sich die USA, den philippinischen Nationalismus zu besiegen, und in Lateinamerika besetzten sie selbst widerspenstige Länder oder setzten ihre Statthalter ein wie die brasilianischen Generäle, wie *Pinochet* in Chile und *Somoza* in Nicaragua, deren Umgang mit ihren Bevölkerungen *Fidel Castro* als Waisenknabe erscheinen lassen.

Aber die eigene moralische Überlegenheit ist nun einmal eine feste Glaubenswahrheit für einen Großteil der amerikanischen Nation, auch wenn dies an den

historischen Tatsachen nichts ändert. Dieser Glaube ist es, der für die Fortdauer der Unterstützung des Präsidenten durch die Mehrheit der US-Amerikaner sorgt. Sie sind von der Existenz einer Verbindung zwischen *Al-Kaida* und dem *Baath*-Regime im Irak fest überzeugt. Und weil die Medien auch die geringste Portion Skepsis vermissen ließen, die von einer demokratischen Presse zu erwarten wäre, hatten viele Bürger keine Chance, andere Informationen über die ihnen äußerst fremde Weltgegend zu erlangen. Die Beglaubigung dieser Verbindung lieferte eine neue Einheit im Pentagon, die mit der CIA und anderen Geheimdiensten rivalisiert und vom *Undersecretary* für Politik geleitet wird, einem Agenten Israels. In Teilen der Medien wird jetzt über die Ideologie und den Einfluss der »Neokonservativen« diskutiert. Ihre Verbindungen zu Israel sind dagegen kaum Gegenstand öffentlicher Aufmerksamkeit.

Unter dem Druck des andauernden Widerstands der Iraker und auch der europäischen Distanzierungen vom Kurs der USA sind nun in Teilen der Öffentlichkeit vereinzelte kritische Stimmen zum Verlauf und zu den Zielen des Krieges laut geworden. In solchen Bedenken spricht sich zumeist nicht etwa eine grundsätzliche Aversion gegen den US-Imperialismus aus, sondern einfach eine Kritik an diesem *besonderen* Krieg. Es gibt im Land zwar eine anti-imperialistische Bewegung, deren Zentren oft Kirchengemeinden und Universitäten bilden und die auch Unterstützung im Kongress findet. Hier sind es besonders schwarze und progressive Kongressabgeordnete und einzelne Persönlichkeiten wie etwa Senator Edward Kennedy, die sie unterstützen. Auch in den Streitkräften und in der von außenpolitischen Fragen berührten Administration ist diese Bewegung vertreten. Aber es fällt ihr schwer, über ihre Enklaven hinaus zu wirken und auf der politischen Bühne nach vorn zu kommen, denn eine chauvinistische Strömung und nationale Selbstbeweihräucherung erschweren jede vernünftige Neubestimmung der Rolle der USA in der Welt.

Man muss abwarten, ob das militärische und politische Debakel im Irak doch noch eine pädagogische Wirkung erzeugt. Die Streitkräfte rekrutierten einfache Soldaten aus den unteren Schichten des Klassensystems. Zehntausende der im Irak stationierten Soldaten sind nicht US-Bürger, sondern Einwanderer, hauptsächlich *Latinos*, die mit dem Militärdienst ihre Einbürgerung anstreben. Das Offizierskorps besteht aus Leuten, deren Eltern nicht die Finanzmittel und die sozialen Kontakte hatten, um ihren Kindern einen Zugang zu jenen Elite-Universitäten zu ermöglichen, die viele der mit Außenpolitik Beschäftigten absolvierten, die nun »Entschlossenheit und Stärke« fordern.

Kritik an dieser ungleichen Verteilung der Risiken ist schwierig in einer Gesellschaft, die die Ungleichheit als Lebensschicksal akzeptiert. Die protestierenden Offiziere haben viel deutlicher ihre nationale Verantwortung wahrgenommen als die Politiker. (Nur ein Kind eines der 535 Mitglieder von Kongress und Senat ist als Soldat im Irak stationiert.) Für die meisten außenpolitischen Experten ist die ständige Berufung der Politiker auf die »Verantwortung für den Irak«, vor der man

nicht flüchten dürfe, Anlass, einen amerikanischen *Bertolt Brecht* herbeizuwünschen. Manche dieser Experten würden im Fall eines Kerry-Wahlsiegs wieder in die Regierungsarbeit zurückkehren. Größere Katastrophen könnten sich anbahnen, wenn die kurze Frist zu Ende geht, in der man krampfhaft versuchen wird, die Folgen des Desasters zu verdrängen. Man könnte denken, nicht Karl Marx, sondern Sigmund Freud wäre der verlässliche Schlüssel für die amerikanische Außenpolitik.

Es gibt unterschiedlich lange Wellen der Erleuchtung. Eine ist sehr lang und erinnert an die Weisheit: »Auf lange Sicht – werden wir alle tot sein« von *John Maynard Keynes*. Auf lange Sicht wird das Wirtschaftswachstum Chinas und Indiens diesen Ländern die Mittel verschaffen, den wirtschaftlichen und politischen Herrschaftsansprüchen der USA Grenzen zu setzen. Man kann sich schwer vorstellen, dass eine US-Regierung, und sei sie noch so waghalsig, einen Nuklearkrieg riskieren würde, um ihren Einfluss z.B. auf Usbekistan zu wahren. Das ist in die Zukunft gedacht. Aktuell aber stehen die USA folgenden drei Herausforderungen gegenüber:

*Erstens:* Die arabische und muslimische Welt steht am Beginn eines Bewusstwerdungsprozesses, an dessen Ende der Abschied von ihren Dauertraumata stehen könnte: dem Untergang des Osmanischen Reiches, dem britischen und französischen Kolonialismus, der sowjetischen Ausgabe des russischen Imperialismus und dem System von Verbündeten und Satellitenstaaten, das die USA errichteten.

*Zweitens:* Die fanatische und rückwärtsgewandte Form dieses Erwachens, wie sie der Terror von Al-Kaida verkörpert, ist nicht hinnehmbar. Die gegenwärtig von ihrer fast völligen Ohnmacht beschämten Regierungen werden früher oder später effektiveren Führungen weichen, die ihre Bevölkerungen für die ureigene Aufgabe des nationalen Aufbaus mobilisieren können. Leuchtende Beispiele dafür sind bereits jetzt der Iran und die Türkei. Dieser nationale Aufbau wird eine völlige Neubestimmung der Beziehungen zu den USA und zum multinationalen Kapital mit sich bringen. Die so erneuerten arabischen und muslimischen Regierungen werden in einigen Jahrzehnten in der Lage sein, die Palästinenser in ihrem Kampf gegen Israel wirksam zu unterstützen. (Darum halten alle israelischen Regierungen so verzweifelt an der Allianz mit den USA fest: als Garanten nicht nur des israelischen Staatswesens, sondern auch des fortgesetzten Stillhaltens seiner Nachbarn.) Eine gefestigte Europäische Union wäre für die arabische und ganze muslimische Welt ein annehmbarer Partner. Aber angesichts der aktuellen Auseinandersetzungen um eine europäische Verfassung und der absurden Meinung eines Gutteils der britischen Öffentlichkeit, ihr Land liege mitten im Atlantik und nicht etwa 35 Kilometer vor der französischen Küste, und schließlich angesichts der großen Probleme, die die Integration der osteuropäischen Beitrittsstaaten noch bereiten wird, zeigt sich, dass die Konsolidierung der EU sicher noch einige Zeit in Anspruch nehmen wird. Bedingung dafür wäre in jedem Fall die Lösung der atlantischen Allianz, die Akzeptanz einer weltweiten Rolle der EU, gleichrangig mit den

USA und von ihnen unabhängig. Anzeichen eines europäischen Erwachens sind die jüngste Wahlentscheidung der Spanier, ihre USA-hörige Regierung durch eine Europa-orientierte zu ersetzen, außerdem die Schwächung von *Blair* und die reale Möglichkeit, dass man *Berlusconi* entweder ins Gefängnis oder in den Ruhestand schicken wird. Hier bereitet sich langsam eine Unabhängigkeitserklärung vor, die geprägt ist durch den offenen Widerspruch Frankreichs und den kaum weniger deutlichen Widerspruch aus Deutschland an die Adresse der amerikanischen Macht. Es stimmt, dass einige der neuen EU-Mitgliedsländer, allen voran Polen, als US-amerikanische ›Fünfte Kolonne‹ im erweiterten Europa fungieren könnten. Aber die übrigen Länder in Europa sind bestimmt in der Lage, dies zu verhindern, wenn sie es wollen.

Gegenwärtig sehr gefährlich für die EU ist ihr viel diskutiertes Demokratiedefizit. Es wird nicht dadurch geringer, dass man darüber redet, aber leider wird es bisher ausschließlich verbal behandelt. Eine politische Kampagne gegen dieses Demokratiedefizit müsste auch den Widerstand gegen die Zerstörung des Wohlfahrtsstaates und des Sozialstaatsmodells verschiedener Mitgliedsländer auf europäischer Ebene organisieren. Das würde zugleich Widerstand gegen die Allianz des Kapitals bedeuten und damit auch einen Angriff auf die transatlantische Allianz.

Das *dritte* Problem für die USA sind sie selbst: Das Weltherrschaftsprojekt ist sehr teuer, lässt Haushaltsmittel abfließen, die für soziale Investitionen im eigenen Land genutzt werden könnten, und es beinhaltet die wachsende Möglichkeit zivilen Unfriedens. Je mehr die Bevölkerung aufgerufen ist, dafür zu bezahlen, umso wahrscheinlicher werden Proteste gegen die ungleiche Risikoverteilung und die Abwälzung der Kosten auf die einfachen Bürger. Das Gegenmittel der US-Eliten war bisher das Schüren von Angst und Chauvinismus, beides befördert durch die Angriffe von Al-Kaida, durch die unterschiedlichsten Widerstandsbewegungen rund um die Welt und durch das abtrünnig gewordene Europa. Letzteres wurde mit primitiven Versuchen beantwortet, die Europäer als Abwiegler und Feiglinge zu beschimpfen.

Bis jetzt bildeten die amerikanischen Demokraten eine ziemlich loyale Opposition. Die Partei befindet sich in der babylonischen Gefangenschaft der Israel-Lobby, die aus offensichtlichen Gründen die amerikanische Weltmacht begeistert unterstützt. Organisierter Widerstand gegen den Irak-Krieg kam aus der Zivilgesellschaft, von den Kirchen, spontanen Bürgerbewegungen und einigen zeitweise hellseherischen Politikern. Aber die anfangs erfolgreiche Bewerbungskampagne von Gouverneur *Dean* für die Nominierung zum demokratischen Präsidentschaftskandidaten scheiterte nicht nur an eigenen Fehlern, sondern auch an einer anhaltenden Offensive der Medien gegen ihn. Es gibt jetzt Anzeichen dafür, dass die Partei sich – wie bereits im Vietnamkrieg, als der Präsident Demokrat war – über den Präsidentschaftskandidaten zunehmend uneins wird, so uneins, wie es die gesamte Gesellschaft ist.

Die Erfahrung lehrt, dass der Krieg nicht mehr weitergeführt werden kann, wenn der Dissens eine bestimmte Intensität und eine landesweite Verbreitung erreicht. Moralische Dilemmata entstehen selbst einer Berufsarmee, und dies gilt umso mehr, als die US-Truppe im Irak zu großen Teilen aus zunehmend enttäuschten Reservisten besteht. Nicht *The Nation*, das traditionelle Wochenmagazin der Linken in den USA, sondern der frühere NATO-Kommandeur General *Wesley Clark* war es, der von der Möglichkeit eines völligen Zusammenbruchs der US-amerikanischen Position im Irak sprach. Heute jedenfalls sind wir weit entfernt von jenem verlogenen Triumphalismus des Frühjahrs 2003.